

Newsletter aus Brüssel

07.4.2017, Ausgabe 23

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- EU-Parlament legt Bedingungen für Brexit fest
- EMIS: EU-Parlament stimmt für strengere PKW-Zulassungsvorschriften
- Konfliktmineralien: EU fordert verbindliche Sorgfaltspflicht
- 60 Jahre Römische Verträge: Errungenschaften im Rückblick – Herausforderungen im Ausblick
- Die Niederlande haben gewählt
- EGI-Bericht: Für ein EU-weites Umdenken in der Lohnpolitik

EU-Parlament legt Bedingungen für Brexit fest

Die Abgeordneten des EU-Parlaments haben am 5. April 2017 eine Resolution verabschiedet, in der sie ihre Prioritäten und Bedingungen für eine Zustimmung zum "Brexit" festlegen. Jede zukünftige Vereinbarung zwischen der EU und Großbritannien bedarf der Zustimmung des EU-Parlaments.

Die mit großer Mehrheit angenommene Resolution des EU-Parlaments warnt davor, Zugeständnisse im Bereich der Sicherheit mit Zugeständnissen bei den künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich zu verknüpfen. Außerdem dürfe es keine punktuellen Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage sektorspezifischer Vereinbarungen geben. Stattdessen bekräftigt die Resolution die Unteilbarkeit der vier Freiheiten des Binnenmarktes: freier Waren-, Kapital-, Dienstleistungs- und Personenverkehr. Die Abgeordneten lehnen daher jeden Versuch Großbritanniens, die Rechte im Zusammenhang der Freizügigkeit bereits vor dem tatsächlichen Austritt aus der EU einzuschränken, entschieden ab. Des weiteren fordern sie alle Verhandlungsparteien nachdrücklich dazu auf, am Friedensprozess in Nordirland festzuhalten. Am 4. April 2017 hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vor dem Plenum des Europäischen Parlamentes ein leidenschaftliches Plädoyer für die EU gehalten. Unter dem Eindruck der Brexit-Debatte und "wachsender Fliehkräfte" in Europa sagte Steinmeier, Europa sei noch nie ein Spaziergang gewesen, sondern ein "kompliziertes und anstrengendes Projekt", das jedoch aller Mühe wert sei. Steinmeier

warnte vor Populisten, die aus Ängsten politisches Kapital schlagen: "Es ist falsch zu sagen, in dieser Welt könne ein europäisches Land allein und ohne die EU seine Stimme hörbar machen oder seine wirtschaftlichen Interessen besser durchsetzen."

Am 29. März 2017 hatte die britische Premierministerin Theresa May mit einem Brief an den Europäischen Rat offiziell den Austritt ihres Landes aus der EU eingeleitet. Der Rat reagierte umgehend mit einer Stellungnahme, in der das Bedauern der verbleibenden Mitgliedstaaten über den Brexit geäußert aber professionelle und konstruktive Verhandlungen zugesichert wurden.

- [Resolution des EU-Parlaments](#)
- [Brief der britischen Regierung](#)

EMIS: EU-Parlament stimmt für strengere PKW-Zulassungsvorschriften

Das EU-Parlament hat am 4. April 2017 Empfehlungen des Untersuchungsausschusses zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie (EMIS) verabschiedet. Gefordert werden strengere Zulassungsvorschriften für Neufahrzeuge und eine Stärkung der Verbraucherrechte.

Das Europäische Parlament hatte im Dezember 2015 einen Untersuchungsausschuss (EMIS) eingesetzt, um mutmaßliche Versäumnisse seitens EU-Behörden, nationaler Regulierungsstellen und der Hersteller im PKW-Abgasskandal aufzudecken. Der Ausschuss hat seine Aufarbeitung nun abgeschlossen und eine Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung von Strukturen und Kontrollmechanismen dargelegt. Das Plenum des EU-Parlaments hat diesen Empfehlungen mit wenigen Ausnahmen zugestimmt. Mitgliedstaaten und EU-Kommission werden darin aufgefordert, bestehende europäische Vorschriften besser umzusetzen und Verbraucherrechte zu schützen. Es soll strengere Zulassungsvorschriften für Neufahrzeuge geben, um einen weiteren Abgasskandal zu verhindern. Empfohlen wird außerdem ein EU-weiter rechtlicher Rahmen für Sammelklagen geschädigter Kunden sowie abschreckende Geldstrafen und weitere Sanktionsmöglichkeiten gegen betrügerische Hersteller. Die Empfehlung des EMIS, eine europäische Agentur zur Aufsicht nationaler Typengenehmigungsbehörden einzusetzen, wurde vom Plenum nicht angenommen.

- [Weitere Informationen](#)

Konfliktmineralien: EU fordert verbindliche Sorgfaltspflicht

Am 3. April 2017 hat der Rat der EU eine Verordnung über den Umgang mit Rohstoffen aus Krisengebieten formal bestätigt, die verbindliche Sorgfaltspflichten festsetzt. Das EU-Parlament hatte den neuen Gesetzesvorschlag am 16. März 2017 verabschiedet.

Für die Herstellung vieler Verbrauchsgüter, u.a. der Elektronik- Maschinenbau- und Automobilindustrie, benötigt man Mineralien wie Zinn, Wolfram, Tantal und Gold. Diese

Bodenschätze werden häufig in humanitären Krisenregionen illegal und außerhalb staatlicher Kontrolle abgebaut. Ihr Export fördert daher unmenschliche Arbeitsbedingungen in den Minen und stärkt die Macht von Rebellen oder terroristischen Gruppen, die den Abbau kontrollieren.

Eine EU-Verordnung soll nun dem Teufelskreis aus Rohstoffbedarf und Menschenrechtsverletzungen entgegenwirken. Mit großer Mehrheit nahm das Europäische Parlament den überarbeiteten Gesetzesvorschlag der Kommission an, die verbindliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen beim Handel mit den sogenannten Konfliktmineralien fordert. Darüber hinaus sollen größere Unternehmen, die die Mineralien ankaufen, ihre Beschaffungspraxis offenlegen. Die Regelungen treten ab Ende Januar 2021 in Kraft. Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Parlament, Bernd Lange (SPD), betrachtet die Verordnung als einen möglichen Grundstein einer neuen EU-Handelspolitik. "Wir müssen uns den Herausforderungen globaler Wertschöpfungsketten offensiv stellen – der Handel mit Mineralien ist hier nur die Spitze des Eisbergs", so Lange.

Am 21. März 2017 hatte der Entwicklungsausschuss des EU-Parlamentes für verbindliche Sorgfaltspflichten in der Textilbranche gestimmt, um verbesserte Sozial- und Umweltstandards bei der Herstellung von Bekleidung und Schuhen zu erreichen. Ob die neuen Vorschläge ebenfalls eine Mehrheit im Plenum finden, gilt jedoch als unsicher.

Die IG Metall setzt sich bereits ganz praktisch für humane Arbeitsbedingungen in der Textilindustrie ein. Nach dem tragischen Brand mit 255 Toten in einer Textilfabrik im pakistanischen Karatschi im September 2012 startete die IG Metall gemeinsam mit ver.di, DGB und medico international eine Initiative, um die Beschäftigten im Kampf um angemessene Entschädigung und faire Arbeitsbedingungen vor Ort zu unterstützen. "Gewerkschaftsrechte sind Menschenrechte", betont Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. "Die Einführung verbindlicher Sorgfaltspflichten könnte nun zu einem entscheidenden Hebel der EU werden, um die soziale Lage der Beschäftigten am Beginn der globalen Lieferketten nachhaltig zu verbessern."

- [Pressemitteilung des Rates](#)
- [Verordnung zu Konfliktmineralien](#)
- [Initiative der Gewerkschaften](#)

60 Jahre Römische Verträge: Errungenschaften im Rückblick – Herausforderungen im Ausblick

Am 25. März 2017 hat der Europäische Rat zum Jubiläum der Römischen Verträge eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, der an die europäische Einheit appelliert.

Vor 60 Jahren wurde mit den Römischen Verträgen die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eingeleitet und damit die Basis eines gemeinsamen europäischen Marktes geschaffen. Ohne Binnenzölle sollte die Freizügigkeit von Personen, Dienstleistungen, Waren und Kapital gewährleistet werden. Anlässlich dieses Jubiläums und vor dem Hintergrund des anstehenden "Brexit" verabschiedeten die EU-Staats- und Regierungschefs, ohne Beteiligung Großbritanniens, sowie die Vertreter der EU-Institutionen erneut eine gemeinsame Erklärung in Rom. Diese bekräftigt die europäische Einheit und die Entschlossenheit, sich gemeinsam den aktuellen Herausforderungen zu stellen. Die Erklärung war im Vorfeld kontrovers diskutiert worden, da sie die Möglichkeit eines zukünftigen Europa "mit unterschiedlicher Gangart und Intensität" erwähnt. Das zuvor am 1. März 2017 veröffentlichte "Weißbuch" der EU-Kommission zur Zukunft der

Europäischen Union nennt ebenfalls eine solche Entwicklungsmöglichkeit – allerdings nur als eines von fünf möglichen Zukunftsszenarien. Die Kommission plant, im September 2017 ein konkretes Reformpaket zu präsentieren.

- Die Erklärung von Rom
- Weißbuch zur Zukunft Europas

Die Niederlande haben gewählt

Am 15. März 2017 haben die Niederlande ein neues Parlament gewählt und damit das "gesamteuropäische Wahljahr 2017" eingeleitet.

Insgesamt ziehen nach der Wahl 13 Parteien in die zweite Kammer des niederländischen Parlaments ein. Stärkste Kraft wurde die rechtsliberale Partei des amtierenden Premiers Mark Rutte. Als wahrscheinlich gilt eine Koalition zwischen den Mitte-Rechts-Parteien. Die Partei des Rechtspopulisten Geert Wilders ist zwar "gefühlter Verlierer" der Wahl, wird aber dennoch als zweitstärkste Partei vertreten sein. Die stärksten Wahlverluste der niederländischen Geschichte muss die sozialdemokratische Arbeiterpartei PvdA hinnehmen. Sie verliert 29 Parlamentssitze und kommt insgesamt nur noch auf knapp 6 % der Wählerstimmen. Inwiefern Arbeitnehmerinteressen im niederländischen Parlament mit einer insgesamt schwachen Linken zukünftig vertreten werden, bleibt abzuwarten. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zeigte sich dennoch erleichtert über das Wahlergebnis: "Die Serie des erstarkenden Rechtspopulismus, zu beobachten etwa im Kontext des Brexit oder bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, konnte sich – in dem befürchteten Ausmaß – in diesem europäischen Land zum Glück nicht durchsetzen."

EGI-Bericht: Für ein EU-weites Umdenken in der Lohnpolitik

Das Europäische Gewerkschaftsinstitut (EGI) hat den Bericht "Benchmarking Working Europe 2017" am 13. März 2017 in Brüssel vorgestellt. Die ArbeitnehmerInnen stehen in sieben EU-Ländern heute schlechter da als vor acht Jahren.

Die Studie "Benchmarking Working Europe" erscheint einmal jährlich und erläutert in Statistiken und Analysen die Trends der wirtschaftlichen und sozialen Situation in Europa. Die Studienergebnisse des diesjährigen Berichts verdeutlichen die zunehmenden sozialen und ökonomischen Unterschiede innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. Austeritätspolitik, Deregulierung und "Strukturreformen" nach der Wirtschafts- und Finanzkrise hatten in vielen europäischen Ländern stagnierendes Wachstum, eine Zunahme der Arbeitslosigkeit sowie Kürzungen in den Sozialversicherungen zur Folge.

Die negativen Auswirkungen werden dabei auch in der Lohnentwicklung innerhalb der Europäischen Union deutlich. Die Studienergebnisse zeigen, dass in den sieben Jahren nach der Krise die durchschnittlichen Löhne in 25 Mitgliedstaaten langsamer gestiegen sind als innerhalb der acht Jahre vor der Krise. In sieben Mitgliedstaaten waren die durchschnittlichen Reallohnentwicklungen sogar negativ. Stärker gestiegen ist die durch-

schnittliche Lohnentwicklung ausschließlich in Deutschland, Polen und Bulgarien. Besorgniserregend sind vor allem die wachsenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Das EGI empfiehlt daher eine ökonomische Neuorientierung hin zu einem lohnbasierten Wachstumsmodell und einer Lohnpolitik mit angemessenen Mindestlohnsätzen, umfassender Tarifverhandlungssysteme und starken Gewerkschaften.

- [EGI-Studie zum Download](#)

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand